

Herrn Bürgermeister
Roland Schäfer

Anträge zum Entwurf des Haushaltsplans 2010/2011
Anträge zum Haushaltssicherungskonzept

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

in der Anlage erhalten Sie die 4 Anträge unserer Fraktion zum Entwurf des Haushaltsplans 2010/2011 und 7 Anträge zum Entwurf für das Haushaltssicherungskonzept.

Wir möchten Sie bitten, den Dezernenten und den anderen Fraktionen diese Anträge zuzuleiten und sie in der Ratssitzung am 18.3.2010 zur Abstimmung zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen

Werner Engelhardt
Fraktionsvorsitzender

Anlage 4 Anträge zum Entwurf Haushaltsplans
 7 Anträge zum Entwurf des HSK

Übersicht über die Anträge der Fraktion BergAUF

Haushaltsentwurf

1. Produktbereich 06 - 06.36.13 Elternbeiträge Kindertagesstätten
2. Produktbereich 06 / Jugend / Jugendräume
3. Produktbereich 09 - 09.51.03 Stadtentwicklung Aufwendungen
4. Produktbereich 09 - 09.51.04 Städtebau - Aufwendungen

Haushaltssicherungskonzept

Maßnahme: 2	-	Gewinnabführungen
Maßnahme: 3	-	Gewerbesteuer
Maßnahme: 4	-	Hundesteuer
Maßnahme: 10	-	Ferienaktionen
Maßnahme: 12	-	Volkshochschule
Maßnahme: 13	-	Organisationsänderung Schulschwimmen
Maßnahme: 15-22	-	Kultur

Fraktion BergAUF

Antrag zum Haushaltsentwurf

Produktbereich 06 / Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Antrag:

Im Produkt **06.36.13** auf der Seite 329 soll die Elternbeitragsquote auf Null gesetzt werden.

Entsprechend sind auf Seite 330 die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte auf Null zu setzen.

Begründung:

Kinderbildung ist wie Bildung überhaupt eine staatliche Aufgabe. Die Kosten dafür dürfen nicht den Eltern aufgebürdet werden.

Die aufzubringenden Mittel sind anderweitig bereit zu stellen.

Fraktion BergAUF

Antrag zum Haushaltsentwurf

Produktbereich 06 / Jugend / Jugendräume

Mittel für die Schaffung von Jugendtreffs

Antrag:

Im Haushalt werden Mittel (50.000 € /p.a.) eingestellt für die Schaffung bzw. Anmietung und Ausstattung von Räumen, in denen sich Jugendliche ohne Konsumzwang treffen können.

Die konkrete Ausgestaltung solcher Jugendtreffs, wird im Jugendhilfeausschuss in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt beraten.

Begründung:

Seit Jahren bemängeln die Jugendlichen in Bergkamen, (z.B. auch im Rahmen des Jugendforums) es gäbe keine Räume, in den sich Jugendliche zwanglos treffen können. Im Sinne der Jugendförderung ist es dringend notwendig, solche Räume zu schaffen und möglichst weitgehend von den Jugendlichen selbst verwalten zu lassen, anstatt die Jugendlichen zu zwingen, sich entweder auf der Straße zu treffen oder teure und laute Discos aufzusuchen.

Fraktion BergAUF

Antrag zum Haushaltsentwurf

Produktbereich 09 / 09.51.03 Stadtentwicklung

Antrag:

Im Produkt **09.51.03** auf der Seite 365 Zeile 17 sollen die Aufwendungen ab diesem Jahr pauschal um 50 T€ pro Jahr gesenkt werden.

Begründung:

In Zeiten knapper finanzieller Mittel sollte die Finanzierung der Bedürfnisse der Bevölkerung vorgehen und die Realisierung größere städtebaulicher Projekt zurückstehen.

Entsprechend können auch die Aufwendungen für die Erarbeitung von Konzepten im Bereich der Stadtplanung gekürzt werden.

Fraktion BergAUF

Antrag zum Haushaltsentwurf

Produktbereich 09 / 09.51.04 Städtebau

Antrag:

Im Produkt **09.51.04** auf der Seite 371 Zeile 17 sollen die Aufwendungen ab diesem Jahr pauschal um 50 T€ pro Jahr gesenkt werden.

Begründung:

In Zeiten knapper finanzieller Mittel sollte die Finanzierung der Bedürfnisse der Bevölkerung vorgehen und die Realisierung größerer städtebaulicher Projekt zurückstehen.

Entsprechend können auch die Aufwendungen für die Erarbeitung von Konzepten im Bereich der Stadtplanung gekürzt werden.

Antrag zum Haushaltssicherungskonzept
Lfd. Nummer der Maßnahme: 2

Gewinnabführungen

Antrag:

Erhöhung der Gewinnabführungen auf 300 T€ ab dem Jahr 2010

Begründung:

Die Anhebung ist gerechtfertigt und dazu geeignet, die Einnahmeseite im städtischen Haushalt deutlich zu verbessern. Sie sollte deshalb nicht erst im Jahr 2012 erfolgen.

Die Einwände der Verwaltung, die Verzögerung ergäbe sich daraus, dass erst in Verhandlungen mit der Sparkasse getreten werden müsse, ist hinfällig. An anderen Stellen wird oft bewiesen, wie schnell dringliche Entscheidungen getroffen werden können.

Antrag zum Haushaltssicherungskonzept
Lfd. Nummer der Maßnahme: 3

Gewerbesteuer

Antrag:

Erhöhung des Gewerbesteuer-Hebesatzes auf 480 v.H. bereits ab dem Jahr 2011.

Begründung:

Bergkamen ist eine der wenigen Städten, in denen trotz der der konjunkturellen Belebung in den Jahren 2007 und 2008 die Gewerbesteuerereinnahmen nicht anstiegen.

Die Anhebung ist gerechtfertigt und dazu geeignet, die Einnahmeseite im städtischen Haushalt deutlich zu verbessern. Sie sollte deshalb nicht erst im Jahr 2012 erfolgen.

Der Einwand der Verwaltung, die vorgegebenen Planzahlen des Landes seien nicht realistisch, wurde bisher immer wieder von unserer Fraktion vorgebracht und regelmäßig von der Verwaltung zurückgewiesen. Auch der Einwand, eine Erhöhung des Hebesatzes würde keine nennenswerte Mehreinnahme bringen, ist nicht überzeugend.

Beides steht im Widerspruch zu der Tatsache, dass sowohl das Haushaltsicherungskonzept wie auch der Haushaltsentwurf auf diesen Annahmen fußt.

Antrag zum Haushaltssicherungskonzept
Lfd. Nummer der Maßnahme: 4

Hundesteuer

Antrag:

Einwohner, die Leistungen im Sinne der Grundsicherung (SGB II und SGB XII) beziehen, sind beim ersten Hund von der Hundesteuer freizustellen.

Begründung: Antrag spricht für sich

Antrag zum Haushaltssicherungskonzept
Lfd. Nummer der Maßnahme: 10

Ferienaktionen

Antrag:

Die Maßnahmen der Ferienmaßnahmen und Ferienfahrten sind wie bisher in Höhe von 39.000€ bereitzustellen. Die Kürzung ab 2012 um 14.000€ ist abzulehnen.

Begründung:

Die Ferienfahrten und Ferienaktionen sind für viele Jugendliche aus einkommensschwachen Familien eine der wenigen Ferienvergnügungen. Hier sollte nicht gekürzt werden.

Antrag zum Haushaltssicherungskonzept
Lfd. Nummer der Maßnahme: 12

Volkshochschule

Antrag:

Eine Erhöhung der Teilnehmerentgelte, bzw. die Erhebung von Entgelten gerade bei den Schulabschlusskursen, sowie eine Senkung der Dozenten honorare werden nicht vorgenommen.

Begründung:

Besonders für Personen, die sich fortbilden und Schulabschlüsse erreichen wollen, ist dies häufig die letzte Chance eine berufliche Perspektive zu finden. Entgelte für diesen Personenkreis zu erheben ist abzulehnen, zumal durch die Gesamtmaßnahme gerade einmal 7.000€ Mehreinnahmen erzielt werden sollen. Die Senkung der Dozenten honorare betrifft ebenfalls die Falschen.

Antrag zum Haushaltssicherungskonzept
Lfd. Nummer der Maßnahme: 13

Organisationsänderung Schulschwimmen

Antrag:

Um die Kleinschwimmhalle weiterhin als Freizeitstätte und Schulschwimmstandort zu erhalten soll eine Rekommunalisierung der Kleinschwimmhalle vollzogen werden.

Begründung:

Das Schulschwimmen in das Hallenbad in Bergkamen Mitte zu verlegen, bedeutet eine Reduzierung der effektiven Schwimmzeit für die Schülerinnen und Schüler. Entstehende Kosten für den notwendigen Bustransport schmälern zudem die Minderausgaben bei Aufgabe des Schwimmsports in der Kleinschwimmhalle.

Ganz besonders ist die Kleinschwimmhalle aber auch ein wichtiger Bestandteil des Freizeit- und Sportbetriebes der Oberadener Bevölkerung. Vor allem ältere Menschen können aufgrund mangelnder Mobilität nur schwer eine alternative Schwimmstätte erreichen können. Um die zahlreichen negativen Folgen einer Schließung zu vermeiden ohne dabei eine Privatperson finanziell unterstützen zu müssen, arbeitet die Verwaltung darauf hin, die GSW für eine Übernahme der Kleinschwimmhalle zu gewinnen.

Antrag zum Haushaltssicherungskonzept
Lfd. Nummer der Maßnahme: 15-22

Antrag:

Alle Maßnahmen, die Kürzungen im Bereich der Kultur betreffen, sind abzulehnen.

Begründung:

Die zum Teil äußert geringen Minderausgaben stehen in keinem Verhältnis zur negativen Auswirkung auf die Lebensqualität in Bergkamen.



Fraktion BergAUF

Im Rat der Stadt Bergkamen

Tel. 02307 965 392

Fax. 02307 965 399

Bergauf-fraktion@bergkamen.de

www.bergauf-bergkamen.de

15.03.2010

Herrn Bürgermeister
Roland Schäfer

Antrag zum Haushaltssicherungskonzept (neue Fassung)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

aufgrund der aktuellen Gewinnentwicklung bei den Sparkassen haben wir uns erlaubt, unseren unten stehenden Antrag zur Maßnahme 2 des vorgelegten HSK geringfügig zu ändern.

Wir möchten Sie bitten, dies den Fraktionen noch zuzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Werner Engelhardt

Antrag zum Haushaltssicherungskonzept Lfd. Nummer der Maßnahme: 2 (neue Fassung)

Gewinnabführungen

Antrag:

Erhöhung der Gewinnabführungen auf 400 T€ ab dem Jahr 2010

Begründung:

Die Anhebung ist gerechtfertigt und dazu geeignet, die Einnahmeseite im städtischen Haushalt deutlich zu verbessern. Sie sollte deshalb nicht erst im Jahr 2012 erfolgen und nicht nur bei 300, sondern bei 400 T € liegen.

Die Einwände der Verwaltung, die Verzögerung ergäbe sich daraus, dass erst in Verhandlungen mit der Sparkasse getreten werden müsse, ist hinfällig. An anderen Stellen wird oft bewiesen, wie schnell dringliche Entscheidungen getroffen werden können.

Die Erhöhung der Gewinnausschüttung auf 400 ist aufgrund der Tatsache gerechtfertigt, dass die Sparkassen inzwischen als einer der großen Gewinner der Finanzkrise gelten.

Antrag an den Rat der Stadt Bergkamen zur Ratssitzung am 18.03.2010

Finanzierung des Doppelhaushaltes 2010/2011

Antrag:

Der Rat der Stadt Bergkamen beschließt, die Landesregierung zur Einleitung eines Schuldenmoratoriums für die Stadt Bergkamen aufzufordern.

Begründung:

In letzter Zeit mehren sich auch von Seiten der Bürgermeister in NRW Forderungen in Richtung einer Neuregelung der Finanzausstattung der Kommunen. Es ist zu begrüßen, dass dabei Forderungen diskutiert werden wie „notwendige kommunale Entschuldung“ oder „Entlastung von den Zinszahlungen“, die von Seiten alternativer Kommunalpolitik seit Jahren vertreten werden.

Diesen Worten sollten nun auch entsprechende Konsequenzen zum tatsächlichen Schuldenabbau folgen. Dies ist auch und gerade für die Stadt Bergkamen dringend notwendig.

Die bilanzielle Aufzehrung des Eigenkapitals und damit die Überschuldung der Stadt sind ohne die Niederschlagung der Schulden mittelfristig nicht mehr aufzuhalten.

Die weitere Rückführung freiwilliger Leistungen geht zu Lasten notwendiger Angebote an die Menschen in unserer Stadt und ist nicht zumutbar. Damit wird die Zukunft der Stadt verspielt.

Seit vielen Jahren wird der Haushalt der Stadt Bergkamen „konsolidiert“. Für die Jahre 2010/2011 musste erneut ein Haushaltssicherungskonzept aufgestellt werden. Die Verschuldung der Stadt ist dennoch immer weiter angestiegen - eine Konsolidierung ist nicht in Sicht. Die Verwaltung ist gezwungen, den Höchstbetrag der Kassenkredite auf 75 Mio. € anzusetzen. Die Zinszahlungen alleine für Kassenkredite stiegen seit 2002 um das 6,5-fache, die gesamte Zinslast wird sich im Zehnjahreszeitraum mehr als verdoppeln und im nächsten Jahr auf über 3,5 Millionen Euro jährlich steigen, was eine Quelle der stetigen weiteren Verschuldung ist.

Die stetige Verschuldung ist nicht das Ergebnis verfehlter Entscheidungen auf kommunaler Ebene in Bergkamen, sondern hat systemische Ursachen in der Umverteilung kommunaler Finanzen. Von der grundgesetzlich verbrieften kommunalen Selbstverwaltung kann so kaum noch gesprochen werden.

Diese Entwicklung wird sich weiter verstärken: So wird die Bundesregierung ihren Anteil an den Unterbringungskosten für Hartz IV-Empfänger senken, was über einen entsprechenden Anstieg der Kreisumlage zu erhöhten Aufwendungen der Stadt führen wird.

Entgegen aller Beteuerungen ist der Anteil der Kommunen am Gesamtsteueraufkommen weiter rückläufig. Vom Gesamtsteueraufkommen erhalten die Städte und

Gemeinden ganze 13 %. Schätzungen gehen von 5 Mrd. jährlichen Mindereinnahmen für die 12.000 Städte und Gemeinden aus. Auch für Bergkamen wird das eine nicht unbeträchtliche Summe sein. Dabei ist nicht mit einer erheblichen Steigerung der Gewerbesteuerzahlungen zu rechnen.

So bleibt die kommunale Daseinsvorsorge für Millionen von Menschen und auch für die Bergkamener Bevölkerung auf der Strecke.

In dieser über die Steuerpolitik stetig finanzierten Umverteilung sind die Folgen der bisher tiefsten Weltwirtschaftskrise noch nicht eingerechnet.

Ein Schuldenmoratorium ist der einzige sichtbare und aktuell mögliche Ausweg aus dieser Situation. Die Niederschlagung der Schulden ist auch finanziell darzustellen und umzusetzen. Im Bundesdurchschnitt wurden die bisherigen kommunalen Kredite schon 4,1-mal an die Banken zurückgezahlt, damit sind sie fiskalisch auch bezahlt. Solche Zahlen sind auch für Bergkamen konkret darstellbar.

Umsetzungsvorschlag

Die Kommunen gehören zum Land, insofern sind die Schulden der Stadt dort zu bündeln. Die Landesregierung muss die politische Verantwortung für die Niederschlagung der Schulden gegenüber den Banken übernehmen. Angesichts der riesigen Bürgschaften, gerade für die Banken, gibt es dafür auch die nötigen politischen Druckmittel.

Wir möchten den Rat bitten, diesem Antrag zu folgen, damit ein Zeichen gegen die bisherige Umverteilungspolitik zu setzen und den politischen Willen zu dokumentieren, dass es so nicht weiter gehen kann.